

KREISPARTEITAG IN ROSTOCK

Am 6. Mai fand im Waldemar Hof der Kreisparteitag der Rostocker LINKEN statt. Im Leitantrag des Kreisvorstandes ging es um unsere Haltung zum Bürgerentscheid über den Standort des Traditionsschiffs. Zudem wurden drei neue Mitglieder des Kreisvorstandes und Delegierte zum Landesparteitag gewählt.

Über die Zukunft des IGA-Parks, die Entwicklung des Stadthafens und damit verknüpft eine mögliche Verlegung des Traditionsschiffs von Schmarl in den Stadthafen wird in Rostock schon lange diskutiert. Insbesondere der Streit um den Standort des Schiffes blockiert dringend nötige Entscheidungen der Stadtpolitik, zehrt an den Nerven von Kommunalpolitikern und vielen Bürgern Rostocks. Die Linksfraktion in der Bürgerschaft und der Kreisvorstand leisteten ihren Beitrag, einen Bürgerentscheid auf den Weg zu bringen, also mit dem Mittel der direkten Demokratie den „gordischen Knoten“ zu durchschlagen. Der Bürger-

entscheid wird am 24.9. stattfinden, zeitgleich zur Bundestagswahl.

Bleibt die Frage, welche Empfehlung die Rostocker LINKE den Bürgern geben wird. Dazu gab es einen Leitantrag des Kreisvorstandes, in dem auf eine solche Empfehlung bewusst verzichtet wurde. Denn



wir nehmen direkte Demokratie ernst: Die Bürger sollen selbst entscheiden – Wir liefern die Fakten und Hintergründe für dieses komplexe Thema. Eine Empfehlung zu einem Ja oder Nein im Bürgerentscheid wollte der Kreisvorstand schon deshalb nicht geben, weil es auch in unserer

Partei verschiedene Ansichten über den Standort des „Tradis“ gibt, wie die Diskussionen in der Fraktion, aber auch im Kreisverband zeigten.

Auf dem Kreisparteitag machte Andreas Engelmann deutlich, dass er den Leitantrag als Feigheit vor einer sachlich-abgewogenen Entscheidung verstehe, die dem Ansehen der LINKEN im Nordwesten Rostocks schade. Er bezweifelte zudem, dass mit dem Bürgerentscheid tatsächlich der „gordische Knoten“ zerschlagen werden könne. Einige Redner hielten dagegen und machten vor allem deutlich, dass es gute Gründe für, aber auch gute Gründe gegen eine Verlegung des Schiffes gebe. Steffen Bockhahn forderte in seiner Rede

dazu auf, die Emotionen im Rahmen zu halten. Er wies darauf hin, dass das Thema vielen Menschen in Rostock völlig egal sei. Schließlich wurde der Leitantrag des Kreisvorstandes bei nur einer Enthaltung vom Kreisparteitag angenommen.

Fortsetzung auf S. 3



Der Rostocker Parteitag bereitet u.a. den Bundestagswahlkampf vor
Mehr dazu auf Seite 3



Viele Mitglieder unserer Partei waren am Tag der Arbeit auf der Straße präsent
Mehr dazu auf den Seite 6 und 7



Am 8. Mai erinnerten wir wie in jedem Jahr an die Befreiung vom Faschismus
Mehr dazu auf den Seiten 8 und 9

In dieser Ausgabe

Seite 2: NATO auf Kriegskurs

Seite 3: Kreisparteitag

Seite 4: Bundestagsfraktion

Seite 6/7: Tag der Arbeit

Seite 7: Wohnen im Alter

Seite 8/9: Tag der Befreiung

Seite 9: Krankenhäuser

Seite 10/11: Kurt Kaiser

Seite 11: Soziale Mieten

Seite 12/13: Landtagswahlen

Seite 13: Rotfeder

Seite 14: Kreisvorstand Rostock

Seite 15: Kirchentag

Seite 16: Afghanistan

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, vor Euch liegt nun die Juniausgabe des KLARTEXT. Wenn Ihr diese Zeilen lest, halten wir vielleicht schon ein fertiges Wahlprogramm in unseren Händen, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Hannover. Drei Tage will die LINKE dort über Änderungsanträge diskutieren. Zum Vergleich: Der Programmparteitag der SPD soll ca. fünf Stunden dauern, incl. zwei Stunden Rede von Martin Schulz. Was macht mehr Sinn? Die Kreisverbände HRO und LRO haben sich jedenfalls Gedanken zum Wahlkampf gemacht, wie Ihr lesen könnt. Dabei ging es auch um die Plakate – ein Dauerbrenner. Wie versprochen gibt es auch die Beschlüsse des Landesparteitages (Schwerpunkte des Bundestagswahlkampfes sowie zum Leitbild unseres Landesverbandes), aber erst in der nächsten Ausgabe.

Nun ist es leider so, dass der Rostocker Listenkandidat Thomas Wiencke (Platz 7 auf der Landesliste) seine Kandidatur zu-

rückgezogen hat, sogar aus der Partei ausgetreten ist. An dieser Stelle will ich es bei dieser Info für Euch belassen, es wird aber natürlich bei der Wahlauswertung nach dem 24.9. eine Rolle spielen.

Am Wahlabend werden wir auch wissen, wie die Rostockerinnen und Rostocker über den Standort des Traditionsschiffes abgestimmt haben. Wer will hier eine Prognose wagen? Auf dem Kreisparteitag am 6. Mai wurde kontrovers diskutiert. Es ist selten möglich, in der Politik alle Seiten zufriedenzustellen. Entscheidungen lassen sich aber nicht ewig hinauszögern. Nun haben die Bürger das Wort – und das ist gut so.

Vielen Dank an unsere fleißigen Autoren, und diesmal besonders an Eva-Maria Kröger, die stets zuverlässig interessante Artikel liefert, wenn man sie darum bittet.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Tobias Pflüger: NATO weiter auf Aufrüstungs- und Kriegskurs

Zum NATO-Treffen in Brüssel erklärte Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN:

Die Entscheidungen dieses ersten NATO-Treffens mit Donald Trump haben es in sich:

- Es wurde erneut und verstärkt das Ziel festgeschrieben, dass alle NATO-Staaten bis 2024 mindestens 2 Prozent des BIP fürs Militärbudget ausgeben müssen. Mehr Militärausgaben kurbeln einen Aufrüstungskurs an: Das bedeutet mehr Waffenkäufe, mehr Rüstungsexporte (auch in direkte Kriegsgebiete wie Saudi-Arabien), mehr Auslandseinsätze und mehr Manöver und Stationierungen von Bundeswehrtruppen z.B. in Osteuropa. „Wir als LINKE stellen uns dieser Aufrüstungspolitik klar entgegen“, so Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN. „Wir fragen die Regierungsparteien CDU/CSU/SPD, welche politischen Prioritäten sie hier setzen. Wir als LINKE wollen ein Ende der Prekarisierung, das ist ein weiterer Grund für unsere klare Ablehnung der Erhöhung der Militärausgaben.“

- Der direkte Einstieg der NATO in den „Kampf gegen den IS“ kann fatale Wirkung haben, heißt das, dass die Bundeswehr in Zukunft direkt mitkämpft und mitbombt in Syrien und im Irak? Welche weitere logistische Unterstützung wird die Bundesregierung nun zusagen? „DIE LINKE lehnt diese gefährliche Ausweitung des so genannten Krieges gegen den Terror ab, dadurch wird die Welt nicht sicherer.“

- Eine noch engere Zusammenarbeit von EU und NATO wird auch zu weiterer Militarisierung der EU führen. DIE LINKE lehnt diese Militarisierung ab.

- Eine Verstärkung des Engagements in Afghanistan, setzt das Desaster dieses Auslandseinsatzes fort.

DIE LINKE stellt sich klar gegen den weiteren Aufrüstungskurs der NATO, der von der Bundesregierung mitgetragen wird. „Statt 2 Prozent mehr für Militär und Rüstung auszugeben, wäre es sinnvoll, mehr für soziale Sicherheit zu tun“, so Tobias Pflüger abschließend.



KLARTEXT online

**Investitionsoffensive starten,
Normalverdiener entlasten,
Millionäre besteuern**

„Die ungerechte Politik der Großen Koalition gegenüber Menschen mit niedrigen Einkommen wird nun selbst vom Internationalen Währungsfonds kritisiert. Aber der IWF hätte sich seinen Bericht auch sparen können. Eine Investitionsoffensive, eine Entlastung von Arbeitseinkommen und höhere Abgaben auf Vermögen wird es mit dieser Bundesregierung nicht geben. Selbst der SPD-Kanzlerkandidat Schulz traut sich nicht einmal im Wahlkampf, mit der Forderung nach einer Vermögenssteuer zu punkten“, erklärt Sahra Wagenknecht zum IWF-Länderbericht zu Deutschland. Die

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: „Es ist eine Katastrophe, dass die Große Koalition nicht den Mut hat, sich mit den Superreichen und Konzernen anzulegen, um endlich eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in Deutschland sicherzustellen. In kaum einem anderen Industrieland ist der Reichtum ungleicher verteilt als in Deutschland, ist die Kluft zwischen den Beziehern von Arbeitseinkommen und Vermögenseinkommen in den letzten 25 Jahren stärker gewachsen. Das ist auch eine Folge der Agenda 2010, die Niedriglöhne etabliert, Steuern und Sozialabgaben für Konzerne gesenkt und dafür Beschäftigte und Verbraucher – etwa bei der Mehrwertsteuer – geschöpft hat. DIE LINKE will diese unsoziale Agenda rückgängig machen. Die SPD kann sich leider nicht entscheiden, was sie will.“



Bericht vom Rostocker Kreisparteitag

Fortsetzung von S. 1

Natürlich ging es auf dem Kreisparteitag auch um den anstehenden Bundestagswahlkampf. Der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin stimmte die Delegierten auf den Bundestagswahlkampf ein. Wir haben auf dem 1. Mai-Fest gesehen, was für einen tollen Direktkandidaten wir mit Dietmar Bartsch haben. Da lohnt es sich doch, für das Direktmandat zu kämpfen und es dem CDU-Kandidaten Peter Stein zu entreißen! Herr Stein hat im Bundestag allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zugestimmt, die Asylrechtsverschärfungen durchgewunken, Herr Stein war für die Vorratsdatenspeicherung und für die PKW-Maut. Den Antrag der Linken, die Mietpreisbremse wirksamer zu gestalten, hat er abgelehnt, ebenso den Antrag, mehr Geld für den regionalen Bahnverkehr zu geben. Die Angleichung der ostdeutschen Renten an Westniveau lehnte Herr Stein ab, obwohl Frau Merkel diese Angleichung schon 2005 versprochen hatte; er ist also der Vollstrecker eines schändlichen Wahlbetruges. Das Fazit lautet: Die Interessen von Stadt und Region sind für das Abstimmungsverhalten von Peter Stein unerheblich. Diese Botschaft müssen wir im Wahlkampf hartnäckig verbreiten, damit seine Wähler von 2013 sagen: Da haben wir doch einen Fehler begangen, als wir unser Kreuz bei der CDU machten.

Carsten legte erste Schwerpunkte für den Wahlkampf dar: Soziale Gerechtigkeit und Frieden (siehe nächste Ausgabe des KLARTEXT). Ziel müsse es sein, im Bundestag die Oppositionsführerschaft zu verteidigen. Es wäre ein großer Verlust für die Demokratie und Debattenkultur, wenn im Bundestag nicht mehr Sahra Wagenknecht oder Dietmar Bartsch als Oppositionsführer auf die Kanzlerin antworten, sondern Frauke Petry oder Alexander Gauland.

Der Wahlkampf wird für den Kreisverband ein Kraftakt. Es muss viel plakatiert und Infomaterial gesteckt werden. Um einen reibungslosen Verlauf zu gewährleisten, haben wir die Planung im Kreisverband deutlich stärker zentralisiert, um damit auch die Stadtteilverbände zu entlasten. Ansprechpartnerin ist Kristin Schröder, die sich auf dem Parteitag schon einmal für die Zuarbeiten der Parteibasis bedankte.

Sozialsenator Steffen Bockhahn machte in seinem Redebeitrag deutlich, wie wichtig ihm eine hochwertige pädagogische Arbeit in den Rostocker Kindertagesstätten ist. Hierfür muss die Landesregierung die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. Darüber hinaus berichtete er über die Versorgung der Rostocker Schüler mit einem qualitativ besseren und bezahlbaren Mit-

tagessen. Er ist froh, dass es weiterhin einen Anbieter für alle Schulen gibt, so dass für alle Schüler die gleiche Qualität gesichert ist. Das war das erste Projekt, das er als Senator von Anfang bis Ende begleitete und mit sichtbarem Stolz zu Ende brachte. Simone Oldenburg, Fraktionsvorsitzende im Landtag, schilderte in ihrer Rede, wie



Simone Oldenburg spricht



Steffen Bockhahn spricht

unsere Fraktion nach der verlorenen Landtagswahl Vertrauen in der Bevölkerung wiedergewinnen will. Vor allem werden die Abgeordneten viel Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen, wie jüngst im Rahmen der „Landtour“ auf dem Rostocker Uniplatz. DIE LINKE im Landtag präsentiert sich als starke Opposition und hat die AfD dabei deutlich hinter sich gelassen. Immer wieder prangert DIE LINKE die Verlogenheit

der Landesregierung an, die sich als „Regierung von Gottes Gnaden“ zu verstehen scheint. Viele Beispiele hätte Simone hierfür anführen können, verwies aber scharfzünftig vor allem auf die umstrittene Personalpolitik der Landesregierung, die ständig neue Posten schafft, meist Versorgungsposten, die niemand braucht. Die hierfür veranschlagten 1,5 Millionen Euro hätte man doch besser in einen Öffentlichen Beschäftigungssektor investieren sollen. Abschließend zeigte sich Simone Oldenburg erleichtert, dass wir keine Koalition mit der SPD eingegangen sind, so dass nun die CDU das Fell über die Ohren gezogen bekommt.

Karsten Kolbe zog Bilanz über die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion. Es wird viel gebaut in Rostock, die Rostocker LINKE hat dabei stets die Auswirkungen auf die Bevölkerung im Blick und ist Vorreiterin bei Mitbestimmung. Derzeit arbeitet die Fraktion an einem Konzept, Wohnraum in Rostock bezahlbar zu halten (siehe Seite 11). Der Parteitag wählte auch neue Mitglieder in den Kreisvorstand: die 31-jährige Doktorandin an der Juristischen Fakultät Nurgül Senli (sie stammt aus einer kurdisch-alawitischen Arbeiterfamilie), den 19-jährigen Auszubildenden Maximilian Hentschel und den 31-jährigen Christopher Koehn.

Verabschiedet wurden Katharina Schlaack, die heute für die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet, Benjamin Baumann, der ebenfalls aus beruflichen Gründen aus dem Kreisvorstand ausschied, sowie Nico Burmeister, der nun für die Landtagsabgeordnete Karen Larisch in Güstrow arbeitet und dafür in den Kreisverband LRO wechselte. Er versprach den Delegierten jedoch: „Ich bin zwar weg. Aber ihr werdet mich nicht los!“ Diese „Drohung“ machte er auch wahr und nimmt weiterhin als Gast an Kreisvorstandssitzungen in Rostock teil.

Als Delegierte zum Landesparteitag wurden gewählt: Sarah Bobrowski, Margitta Donner, Elke Friedl, Margit Glasow, Eva-Maria Kröger, Regine Lück, Jutta Reinders und Roswita Zeitel sowie bei den Männern Christian Albrecht, Phillip Bock, Steffen Bockhahn, Hans-Jürgen Donner, Karsten Kolbe, Carsten Penzlin, Falko Schulz und Sandro Smolka.

Der Kreisvorsitzende beendete den Kreisparteitag mit der Bitte an die Delegierten, die Daumen zu drücken für unsere wahlkämpfenden Genossen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Das hat bekanntlich nicht geklappt, ist aber hoffentlich kein schlechtes Omen für die Bundestagswahl.

Text: Carsten Penzlin

Fotos: Andreas Reinke

Klausur der Bundestagsfraktion

Bundestagswahl wird Abstimmung über die Wiederherstellung des Sozialstaats und den Stopp der Aufrüstung

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch erklären zur Klausur der Linksfraktion am 3. und 4. Mai in Dortmund:

Nur eine Stimme für die DIE LINKE ist eine Stimme gegen das Weiter-So und für eine grundlegend veränderte Politik in Deutschland: für ein Leben in sozialer Sicherheit, für ein Ende der Aufrüstung und für eine friedliche Außenpolitik. Es ist Zeit für eine Entscheidung für Frieden und einen starken Sozialstaat.

Die Große Koalition betreibt in den letzten Sitzungswochen dieser Legislatur im Eilverfahren die Autobahnprivatisierung durch die Hintertür. Die Union drängt. Die SPD könnte dieses Vorhaben stoppen, das Banken und Versicherungen lukrative Renditen verspricht, die die Autofahrer über die Maut zu bezahlen haben. Ungerechter geht's es nicht, aber die SPD hält der CDU/CSU für dieses unsägliche Vorhaben die Hand zur Unterstützung hin. Auch mit der Benennung der FDP als Wunschkoalitionspartner hat die SPD-Spitze klargemacht, dass die Gerechtigkeitsversprechen ihres Kanzlerkandidaten nach dieser Wahl ebenso vergessen sein können wie nach früheren Wahlen.

Phalanx der Weiter-so-Politik ist eine Katastrophe

Weder bei einer Fortsetzung der Großen Koalition, noch in einer Jamaika-Koalition (CDU/CSU, GRÜNE und FDP), einer ersten Schwarz-Grünen oder einer Ampel-Koalition (SPD, GRÜNE und FDP) wird es einen politischen Richtungswechsel geben. Gegen diese Phalanx der Alternativlosigkeit gibt ein Mittel: DIE LINKE. Sie ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die sich konsequent für eine andere Politik, für eine soziale und friedenspolitische Wende einsetzt. Wer Sozialabbau und Privatisierung verhindern will, der muss DIE LINKE stark machen. Denn je stärker DIE LINKE, desto größer der Druck auf die SPD, ihren Kurs zu korrigieren. Wir wollen die Kanzlerschaft von Angela Merkel nicht verlängern und ein starkes Gewicht auf der Waage des Politikwechsels sein.

DIE LINKE will einen Wechsel hin zu einer sozialen und friedlichen Politik – sofort!

Die Zukunft beginnt jetzt. Daher fordern wir Martin Schulz auf zu handeln. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems kann sofort mit den Stimmen der SPD, der LINKEN und der Grünen und beschlossen werden. Das gleiche gilt für ein Verbot sachgrundloser



Befristung. Es gibt keinen Grund, die Wähler auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu vertrösten. Zumal niemand weiß, ob es dann eine solche Mehrheit im Bundestag überhaupt noch gibt. Öffentliche Vorbedingungen in Sachen Europa- und Außenpolitik gegenüber der LINKEN sind lediglich Nebelkerzen der SPD, um davon abzulenken, dass sie sofort mehr soziale Gerechtigkeit umsetzen könnte.



DIE LINKE strebt ein breites „Bündnis für soziale Sicherheit, Abrüstung und Friedenspolitik“ auf der Grundlage folgender Forderungen an:

1. Vom Lohn der Arbeit muss man auskömmlich leben können, und Arbeitslosig-

keit darf nicht zu einem sozialen Absturz führen. Es braucht eine Arbeitslosenversicherung, die diesen Namen verdient und tatsächlich soziale Sicherheit bietet. Die grundlose Befristung von Arbeitsverträgen sowie Lohndrückerei durch Leiharbeit und Werkverträge können und müssen gesetzlich verboten werden.

2. Die gesetzliche Sozialversicherung muss wiederhergestellt werden. Rentenansprüche aus einer normalen Erwerbsbiographie müssen den Lebensstandard im Alter sichern und Altersarmut verhindern. Das Rentensystem von Österreich, wo der Durchschnittsrentner 800 Euro mehr Rente im Monat bekommt, ist auch ein Vorbild für Deutschland.

3. Der gigantische in wenigen Händen konzentrierte Reichtum muss über eine Millionärsteuer für die Finanzierung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden. Eine Autobahnprivatisierung muss verhindert werden.

4. Die Wahlen in Frankreich und den Niederlanden zeigen, dass Europa nach rechts gerückt ist und an einem Scheideweg steht. Merkel und Schäuble tragen Mitverantwortung für diese Krise. Die EU braucht einen Neubeginn. Es bedarf dreier Signale in der Europapolitik: ein 100-Mrd.

Euro Investitionsprogramm für Schulen, Bahnstrecken, Straßen und Infrastruktur, die Beendigung der CETA-Ratifizierung und eine Initiative der Bundesregierung für eine Änderung der EU-Verträge, damit soziale Rechte endlich Vorrang vor den Freiheiten des Kapitals erhalten. Außerdem muss die EU entmilitarisiert werden. Weder die Aufstellung neuer EU-Militäreinheiten noch ein eigener EU-Rüstungshaushalt tragen zum Zusammenhalt der EU bei.

5. Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren und endlich Fluchtursachen wirklich bekämpfen. Das milliardenschwere Aufrüstungsprogramm zur Erreichung des 2-Prozent-Ziels der NATO darf nicht umgesetzt werden. Statt einer jährlichen 8%-Steigerung des Rüstungshaushalts, brauchen wir wirksame Abrüstung und eine Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr und des Kalten Krieges gegenüber Russland.

Wir laden jede und jeden dazu ein, mit uns auf dieser Grundlage für einen sozialen und friedlichen Politikwechsel zu kämpfen – in und außerhalb des Parlaments. Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen ein Weiter-So!

Beratungen mit den BO-Vorsitzenden aus dem Landkreis Rostock

In Vorbereitung der Bundestagswahl vom 24. September 2017 beriet der Kreisvorstand mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen, getrennt nach den 3 Wahlkreisen, in die der Landkreis Rostock unterteilt wurde. Am 10. Mai in Güstrow für den Wahlkreis 17 (Altkreis Güstrow), am 11. Mai in Broderstorf für den Wahlkreis 14 (Altkreis Rostock-Land) sowie am 15. Mai mit den Genossinnen und Genossen aus dem Wahlkreis 13 (Altkreis Bad Doberan) in Kröpelin.

Auf allen Veranstaltungen wurde heftig diskutiert über die Einbeziehung der Basis in die Vorbereitung der Wahlkämpfe, die Gestaltung der Wahlplakate sowie die Verständlichkeit unserer inhaltlichen Wahlangebote, allgemein gut verständlich und gut überschaubar. Gesprochen wurde aber auch über die Machbarkeit bzw. Nichtmachbarkeit mehrerer Steckaktionen sowie von Türanhängern im 48-Stunden-Wahlkampf im ländlichen Raum. Als Ergebnis der Diskussionen wurde der Kreisvorstand beauftragt, sich mit einem Brief an den Parteivorstand zu wenden. Hier der Brief im Wortlaut:

An
Parteivorstand DIE LINKE
Matthias Höhn
Bundesgeschäftsführer
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Lieber Genosse Matthias Höhn,
in den vergangenen zwei Wochen hat sich unser Kreisvorstand in Beratungen mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen intensiv mit der Vorbereitung der Bundes-

tagswahl beschäftigt. Entsprechend der Aufforderung am Wahlprogramm mitzuarbeiten beteiligten sich unsere Genossinnen und Genossen aus Bad Doberan und Güstrow aktiv an diesem Prozess. VertreterInnen unseres Kreisverbandes nahmen auch an der Regionalkonferenz in Hamburg teil. Der Tenor aus allen Veranstaltungen lautet, die konsequente Friedenspolitik als Alleinstellungsmerkmal unserer Partei, an die erste Stelle in unserem Wahlprogramm zu stellen. Unser Vorschlag ist:

„Ohne Frieden ist keines der dringend notwendigen Ziele realisierbar. Daher sollte der Friedenskampf an der Spitze unseres Wahlprogramms im September 2017 stehen.“

Neben dem noch zu beschließenden umfangreichen Wahlprogramm soll ein Kurzwahlprogramm im Wahlkampf zur Verfügung stehen. Unser Vorschlag besteht darin, dass wir aus dem Wahlprogramm wenige, ganz konkrete Forderungen, die aus den Sorgen und Problemen der Menschen resultieren, für die kommende Wahlperiode herauskristallisieren und als z.B. 10 Thesen zusammenfassen. Kurz, knapp und verständlich formuliert, ergänzt durch ganz konkrete Vorschläge, wie wir die Lösung des jeweiligen Problems finanzieren wollen und auch können. Bekanntlich sind wir die einzige Partei, die nach den Finanzierungsmöglichkeiten unserer Lösungsansätze befragt wird.

Einen letzten kritischen Punkt möchte ich im Auftrag unserer Genossinnen und Genossen ansprechen. In der Sofortinformation über die Beratung des Parteivorstandes vom 14. und 15. Mai 2017 ist zu lesen,

dass die Plakatkampagne zur Bundestagswahl bis Mitte Juni 2017 steht und am 21. Juli 2017 der Öffentlichkeit präsentiert wird. Wo bleibt die Einbeziehung der Basis? Ist es nicht möglich, die Plakatentwürfe einer solchen Kampagne zumindest ansatzweise parteiintern vorzustellen und zu diskutieren? Wir wissen natürlich, dass es letztendlich einen Entscheider geben muss und wir einen gewissen AHA-Effekt für unsere Kampagne benötigen! Die Mitglieder unserer Partei werden aber immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir sind seit 20 Jahren mit dem einen oder anderen Plakat sehr unzufrieden, versprechen uns gegenseitig immer wieder, beim nächsten Mal wird es besser.

Das geht von der Schriftgröße, der Wiedererkennbarkeit unserer Partei, über die Farbauswahl bis hin zu „Bleiwüsten“, die auf einem Plakat einfach unpassend sind. Es gab auch schon Plakate, da haben sich unsere Mitglieder geweigert diese aufzuhängen.

Bei einer rechtzeitigen Einbeziehung der Mitglieder unserer Partei wird auch die Freude, die Bereitschaft am Wahlkampf aktiv teilzunehmen, frühzeitig geweckt. Nur wenn wir selber mit Herz und Verstand voll hinter unseren inhaltlichen Angeboten stehen wird es gelingen, die Menschen zu erreichen, sie von der Richtigkeit unserer Politikangebote zu überzeugen.

Mit solidarischen Grüßen

Peter Hörnig, Kreisvorsitzender
Güstrow, 19.05.2017

Die „Ehe für alle“ ist längst überfällig

Zur Ablehnung des Antrags „Ehe für alle – Recht auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ erklärt der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

„Die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gibt es mittlerweile in über 20 Ländern auf fast allen Kontinenten der Erde. In Europa hat zuletzt Finnland ein solches Gesetz umgesetzt. In Deutschland wird seit Jahren darüber diskutiert, eingetragene Lebenspartnerschaften in die Ehe zu überführen. Zahlreiche Anträge und Gesetzentwürfe liegen vor, der Bundesrat hat 2015 den Gesetzentwurf ‚Ehe für alle‘ bereits beschlossen. SPD und CDU in M-V sehen

sich dennoch nicht in der Lage, klar Position zu beziehen. Das Zögern und Zaudern geht an der Realität vorbei, das Modell der eingetragenen Lebenspartnerschaften hat sich überlebt. Es liegt auf der Hand: Die



Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist längst überfällig.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte bereits im Jahr 2009 die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften für verfassungswidrig. In den vergangenen Jahren haben nach und nach rechtliche Angleichungen der Lebenspartnerschaften von Lesben und Schwulen an die Ehe stattgefunden. Nachteile bestehen dennoch weiterhin, so beispielsweise im Adoptionsrecht. Zudem bleibt wegen der unterschiedlichen Rechtsverbindungen de facto eine Diskriminierung von lesbischen und schwulen Partnerschaften und Familien. Wir werden das nicht einfach hinnehmen und weiter Druck machen, damit die ‚Ehe für alle‘ noch in dieser Wahlperiode zu einem positiven Abschluss kommt.“

Der 1. Mai in Rostock

Auch in diesem Jahr beteiligte sich die Rostocker LINKE an den Feierlichkeiten zum Tag der Arbeit. Zusammen mit Dietmar Bartsch, unserem Direktkandidaten zur Bundestagswahl, nahmen wir am Demonstrationszug vom Doberaner Platz zum Kastanienplatz teil, wo das traditionelle Familienfest des DGB und seiner Bündnispartner stattfand. Unsere Stände mit Kuchenbasar, Handarbeiten, Büchern und politischen Informationen waren wieder einmal sehr gut besucht. Leider war der Kuchen zu früh ausverkauft, so dass wir im nächsten Jahr ein paar Kuchen mehr backen müssen. Das geht natürlich nur mit Eurer Unterstützung. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die zum Gelingen des 1. Mai ihren Beitrag geleistet haben.



Podiumsdiskussion auf dem Kastanienplatz

Rede von Karsten Kolbe, Mitglied des Landtages, auf dem Demonstrationszug vom Doberaner Platz zum Kastanienplatz:

„Das Zusammenleben in den westlichen Gesellschaften fußt, unter anderem, auf einem ganz zentralen Versprechen – dem Wohlstandsversprechen: streng dich an, lern etwas Ordentliches und arbeite fleißig und du wirst ein gutes und vor allem gesichertes Auskommen haben. Vielleicht ein Häuschen im Grünen, zwei Autos und jedes Jahr geht es mit den Kindern in den Urlaub in den Süden. Nun, wenn dieses Wohlstandsversprechen für alle Menschen in dieser Gesellschaft in Erfüllung ginge, wären wir vielleicht heute nicht so zahlreich auf dieser Demo zum Tag der Arbeit. Wir streiten gemeinsam dafür, dass dieses Versprechen sich für mehr Menschen erfüllt. Doch leider ist das Gegenteil der Fall: obwohl es Deutschland wirtschaftlich so

gut geht wie noch nie, geht dieses Versprechen für immer weniger Menschen auf. An seine Stellen treten unsichere, befristete Jobs, unfreiwillige Teilzeit, Kettenbefristungen, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen.

Exemplarisch möchte ich das an den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Universitäten festmachen: sie haben die höchstmöglichen Bildungsabschlüsse erreicht, sie vermitteln Wissen und betreiben Forschung. Dem Leistungsgedanken folgend müssten sie eigentlich in Saus und Braus leben. Aber gerade sie arbeiten oft in prekären Verhältnissen: Durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz haben wir de facto ein Sonderarbeitsrecht. Das bedeutet, dass viele WMA (wissenschaftliche Mitarbeiter) teilweise Befristungen haben, die auf drei Monate beschränkt sind. 9 von 10 WMA sind befristet angestellt – viele davon mit einer Vertragslaufzeit von unter einem Jahr. Sein Leben planen, vielleicht sogar eine Familie gründen, ist so kaum möglich. Ein großer Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist zudem in Teilzeit angestellt – in manchen Bereichen, etwa in Kultur- und Sprachwissenschaften über die Hälfte. Teilzeit ist es aber oft nur auf dem Papier. Überstunden, unentgeltlich, gehören zum Alltag. Auch das ist eine Schweinerei.

Und wir müssen auch feststellen, dass wir von Geschlechtergerechtigkeit immer noch weit entfernt sind. Je höher die Karrierestufe, umso weniger Frauen finden wir in der Wissenschaft vor. Knapp über die Hälfte des gesamten Hochschulpersonals ist weiblich, aber nur jede fünfte Professur ist mit einer Frau besetzt.

Das sind nur drei Beispiele für Missstände in der Wissenschaft, aber ich will es bei ihnen bewenden lassen. Wir als Gesellschaft können es uns eigentlich nicht leisten so mit unseren klügsten Köpfen umzugehen und deswegen müssen wir hier endlich zu ordentlichen Arbeitsbedingungen kommen. Daher fordern wir: Schluss mit endlosen Kettenbefristungen! Schluss mit Teilzeit, die nur auf dem Papier besteht! Und Schluss mit der strukturellen Benachteiligung von Frauen auch in der Wissenschaft!“



Der 1. Mai im Landkreis Rostock

Am 1. Mai diesen Jahres wurden unsere Aktivitäten mit schönen, frühlingshaften Wettern belohnt. Im Kreisverband Landkreis Rostock fanden am „Maifeiertag“ oder dem „Tag der Arbeit“ gleich an zwei Orten Veranstaltungen statt, an denen sich Mitglieder und Sympathisanten unsere Partei aktiv beteiligten.

In Güstrow wurde die Veranstaltung federführend durch den Deutschen Gewerkschaftsbund und in Bad Doberan durch das seit 1997 bestehende Aktionsbündnis **„Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“** organisiert. In Güstrow stellte sich unsere Landesvorsitzende und Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 17, **Heidrun Bluhm**, den Fragen im Podium. **MdL Karen Larisch** und ihre Mitarbeiterinnen gingen auf die Menschen zu, überreichten kleine Tüten mit anregenden Inhalten und kamen so zu interessanten Gesprächen. Immer nach dem „Motto“ im Lutherjahr, dem Volke aufs Maul geschaut.

In Bad Doberan sprach traditionell der Bürgermeister, **Thorsten Semrau**, zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die dabei angesprochenen Themen reichten von fairen Löhnen, über die Rentenangleichung Ost und West bis hin zum Kampf für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gegen Altersarmut. Auf allen Veranstaltungen wurden Unterschriften für die **Kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schüler von Klasse 1-13 und Auszubildende in M-V** sowie für die **Volksinitiative gegen Kinder- und Jugendarmut** gesammelt.



Peter Hörnig, Vorsitzender DIE LINKE. Landkreis Rostock

Mit Realismus und Zuversicht - Eine lohnende Nachlese

Es ist noch ein Vorfrühlingstag im März, als die Landesarbeitsgemeinschaft Seniorpolitik zu ihrer turnusmäßigen Sitzung im Beratungsraum des Rostocker KV zusammentrifft. Auf der Tagesordnung steht das unspektakulär erscheinende Thema „Wohnen im Alter“. Doch erwartet die Sitzungsteilnehmer, mit denen sich auch die Mitglieder der Rostocker AG und Interessierte eingefunden haben, keine Routineveranstaltung. Erika Weigelt, unsere stellvertretende LAG-Sprecherin, begrüßt als Vortragende unsere Landesvorsitzende Heidrun Bluhm, die sich als langjährige Bundestagsabgeordnete intensiv mit den vielfältigen Fragen der Wohnungspolitik in Deutschland befasst hat. In lebendiger und anschaulicher Weise stellt uns Heidrun diese komplexe Thematik dar. Uns wird vor Augen geführt, in welchem Ausmaß die vom vorherrschenden Neoliberalismus geprägte Wohnungspolitik die „Verteilung von unten nach oben“ vorantreibt.

Dagegen stellt die Linke eine soziale Wohnraumpolitik in den Mittelpunkt, die die Mieter als Durchschnitts- und Geringverdiener in den Blick nimmt. Unter den konkreten wohnungspolitischen Forderungen, die sich auch im Entwurf

des Wahlprogramms finden, ist die Wiedereinführung der 1990 abgeschafften „Wohngemeinnützigkeit“, die geeignet ist, Mieter vor der ungebremsten Spekulation auf dem Wohnungsmarkt zu schützen. Der entsprechende Antrag wird noch in diesem Frühjahr im Bundestag eingebracht. Auch wenn dieser erwartungsgemäß von der Bundestagsmehrheit abgelehnt wird, so kommt es doch darauf an, das in Verbindung mit Mieterbund, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften erarbeitete Konzept so in der Öffentlichkeit ins Gespräch zu bringen, das ein gesellschaftliches Klima entsteht, das andere Parteien schließlich zwingt „Farbe zu bekennen“. Auf Heidruns Ausführungen folgt eine ebenso kenntnisreiche Darstellung der konkreten wohnungspolitischen Situation in MVP durch unsere Landtagsabgeordnete Eva-Maria Kröger, die sie mit einer fundierten Kritik der Position der Landesregierung auf diesem Gebiet verbindet.

In der abschließenden Diskussion kommt es ausgehend vom Thema zu weiteren Fragen unseres politischen Wirkens, wie wir etwa mit unseren Standpunkten besser in die Öffentlichkeit dringen, aber auch Fragen unserer internen Kommunikation. Je-

der kommt zu Wort. Der Zeitplan rutscht weg. Im Ergebnis der Beratung haben wir nicht nur eine Fülle von Argumenten für die Gespräche im Wahlkampf erhalten, mit denen wir auf die existenziellen Interessen der Wähler eingehen. Wir haben auch ein gegenseitiges Zuhören und Zuwendung erfahren, und dabei zugleich einen tieferen Einblick in die Arbeit der hauptamtlichen GenossInnen gewonnen. Wir sind uns nahe gekommen und nehmen aus dem Treffen Realismus und Zuversicht mit, wissend, dass wir als Mitglieder der Linken und Sympathisanten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten haben.

Bei der Nachbetrachtung dieser nachhaltigen Begegnung mit unseren Mandatsträgerinnen sollte nicht unerwähnt bleiben, dass wir dieses Erlebnis der Initiative unserer Sprecherin der LAG Ute Kampschulte verdanken, die unglücklicherweise infolge eines Krankheitsfalles an der Teilnahme selbst verhindert war.

Klaus Röber, Arbeitsgemeinschaft Seniorpolitik Rostock der Partei DIE LINKE

8. Mai - Tag der Befreiung

Mecklenburg-Vorpommern war das erste Bundesland, in dem der 8. Mai als Landesgedenktage begangen wird. Dies geht auf eine Initiative der Linken in der rot-roten Koalition zurück. Am „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Beendigung des Zweiten Weltkrieges“ erinnern wir an die Gräueltaten der NS-Diktatur, an die Shoah, das millionenfache systematische Morden in den Konzentrationslagern, an Verfolgung, Leid und Terror sowie an die verheerenden Folgen von Krieg, Zerstörung, Flucht und Elend. Am 8. Mai hat es auch in diesem Jahr landesweit viele Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen gegeben, an denen wir uns aktiv beteiligten und die wir auch initiierten. Die Linksfraktion hat am 8. Mai u.a. wieder Mahnwachen in Demmin, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, durchgeführt. Damit unterstützen wir den friedlichen Protest, den das „Aktionsbündnis 8. Mai – Demmin bleibt bunt“ jährlich gegen die dort aufmarschierenden Nazis organisiert.



Mahnwache in Demmin



Am Puschkinplatz in Rostock

In Rostock war unser Direktkandidat zur Bundestagswahl Dietmar Bartsch der Redner vor fast 100 Zuhörern (Fotos: Andreas Reinke). Er erinnerte an seine Studienzeit in der Sowjetunion, und wie tief damals noch die im Zweiten Weltkrieg geschlagenen Wunden bei den Russen waren. Umso eindringlicher sein Appell, ein gutes Verhältnis zu Russland zu suchen und militärische Drohungen zu unterlassen. Dietmar verwies zudem auf den Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa und machte dafür auch die neoliberale Politik der Regierungen in den vergangenen Jahren verantwortlich. Der Parteivorstand hat vor Kurzem entschieden, in das Wahlprogramm die Forderung aufzunehmen, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Gedenk- und Feiertag zu erklären.



Carsten Penzlin, Dietmar Bartsch und Steffen Bockhahn (v.l.n.r.)



Dr. Erwin Kischel spricht in Güstrow

Im Landkreis Rostock fanden anlässlich des 72. Jahrestages des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus in Güstrow, Teterow, Lalendorf

und Bad Doberan ehrende Gedenkveranstaltungen statt. Am 06. Mai sprachen Dr. Erwin Kischel, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Kreistag Landkreis Rostock (siehe unten) sowie Evgenii Aleshin, Leiter des Büros für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit der Botschaft der Russischen Föderation zu den Anwesenden. Aufrufer zu dieser Veranstaltung waren DIE LINKE, VVN-BdA, „Rot-Fuchs“, ISOR und GBM.

Am 08. Mai fanden Prof. Dr. Wolfgang Methling, Stellvertretender Kreistagspräsident Landkreis Rostock, am Sowjetischen Panzer in Lalendorf sowie Horst Krumpen, Vorsitzender DIE LINKE.Kreisverband NWM und Direktkandidat unserer Partei im Wahlkreis 13 zur Bundestagswahl, am Ehrenmal im Bad Doberaner Bachgarten Worte des Gedenkens und der Mahnung. Das Bad Doberaner Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, in dem unsere Partei aktives Mitglied ist, hatte in Bad Doberan eingeladen.

Redeauszüge Dr. Erwin Kischel, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Kreistag Landkreis Rostock, gehalten am 6. Mai am Sowjetischen Ehrenmal in Güstrow

„Seit einiger Zeit ist ein Geist des Revanchismus unter Politikern, Ideologen und auch Akademikern zu spüren. Dies umso mehr, als sich der hundertste Jahrestag der Oktoberrevolution nähert. In ihren Verleumdungen und historischen Fälschungen begnügen sich manche nicht damit, die Invasoren mit den Überfallenen gleichzusetzen. Sie stellen gar die Behauptung auf, die unsäglichen Verbrechen der Nazis seien nichts anderes als die berechnete Reaktion gewesen auf das angeblich größte Verbrechen des zwanzigsten Jahrhunderts: den Sturz des Feudalkapitalismus in Russland.“

Es verwundert da nicht, dass rechtes Gedankengut in Deutschland immer deutlicher hervortritt. Mehr als acht Prozent der Deutschen glauben heute, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte. Knapp neun Prozent sind der Ansicht, dass es wertvolles und unwertes Leben gebe. Jeder Zehnte

wünscht sich einen Führer, der das Land mit starker Hand regiert. Elf Prozent meinen, dass Juden zu viel Einfluss haben. Zwölf Prozent sind der Ansicht, Deutsche seien anderen Völkern von Natur aus überlegen. Und zum Vergleich: 13 Prozent der Deutschen waren 1933 Mitglied der NS-DAP.



Und trotz des Endes der Sowjetära wird immer weiter die Russophobie geschürt, das Feindbild Russland wieder massiv reaktiviert. Die Tatsache, dass die Sowjetunion von der Bühne abgetreten ist, hat die interimprialistischen Konflikte und den Militarismus wieder angeheizt. Heute ist der Imperialismus ganz offensichtlich auf dem Weg zu einem neuen Weltkrieg.

Der 8. Mai 1945 ermahnt uns, nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus zuzulassen. Es ist noch Zeit, an das Prinzip der „gemeinsamen Sicherheit“ im gemeinsamen „Haus Europa“ zu erinnern, sich neben dem historischen Gedenken dem Prinzip „Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation“ verpflichtet zu sehen. Und Russland ist, was seine Kerngebiete betrifft, seit jeher ein europäisches Land – geographisch, politisch und kulturell. Ohne Russland – keine Sicherheit. Das möge in Berlin und Brüssel nicht hochmütig übersehen werden.“



Gedenken in Lalendorf mit Prof. Wolfgang Methling

Krankenhäuser sind keine Gelddruckmaschinen!

Für DIE LINKE ist es unstrittig: Krankenhäuser sind wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Doch leider wird die Realität diesem Anspruch nicht gerecht. Im Gegenteil. Überall wird mit der Versorgung erkrankter Menschen Geld verdient. Die Ware Gesundheit wird nicht nur von privaten, sondern mitunter auch von öffentlichen Akteuren als Goldesel missbraucht. Mitmenschlichkeit und Hilfeleistungen werden abgelöst von einem ungebremsten Profitprinzip und radikaler Ökonomisierung.

Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Dr. Markus Büchler, forderte vor fünf Jahren, sich dem wachsenden wirtschaftlichen Druck zu widersetzen, keine unnötigen Operationen zu praktizieren und nicht Betten und OP-Säle mit Blick auf die Renditeerwartungen der Aktionäre zu füllen. Er appellierte daran, sich falschen Anreizen im Gesundheitswesen entgegenzustellen. Sehr löblich! Doch die aktuelle vorherrschende Systematik wird geprägt durch ökonomischen Wettbewerb, Gewinnorientierung und Renditemaximierung. Die Folgen hiervon sind, dass Ärztinnen und Ärzte in Planungs- bzw. Personalgesprächen auf mehr Eingriffe, Behandlungen und Prozeduren getrimmt werden. Forderungen nach „5% mehr Knie-OP's“ oder „5% mehr Hüft-OP's“ sind dann

Gang und Gebe. Betriebswirtschaftliche Zwänge dominieren medizinische und pflegerische Entscheidungen. Geld regiert über Gesundheit. Somit steigen die Zahlen der Eingriffe und Prozeduren kontinuierlich und dieser Anstieg ist nicht nur durch einen demographischen Wandel zu erklären. Die Folgen sind weiterhin Outsourcing (Auslagerung) ganzer Krankenhausberei-

enrendite von Krankenhäusern ist doppelt bis dreifach so hoch, wie die von Unternehmen in vergleichbaren Branchen. Mit Gesundheit lässt sich trefflich Geld verdienen, vorausgesetzt man ist Aktionär. Unsere Linksfraktion im Landtag stellte einen Antrag, damit Versichertenbeiträge nicht länger mit Hilfe der „Waschmaschine Krankenhaus“ in Privatvermögen der Aktionäre gewandelt werden. Unser Vorschlag: Die Gewinnausschüttungen der Krankenhäuser sollen zukünftig begrenzt werden. Die Obergrenze bildet dabei jeweils die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts. Die lag beispielsweise 2015 bei 1,7%. Ergo würde die Gewinnausschüttung bei 1,7% gedeckelt. Der darüber hinausgehende Gewinn bliebe der bedarfsgerechten medizinischen Versorgung, den notwendigen Investitionen, der Gesundheitsforschung sowie der Prävention vorbehalten. Auf diese Weise würden wir ein gesundes Krankenhauswesen und eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung zu sozial tragbaren Krankenhaus-



che. Durch Outsourcing ist mittlerweile ein großer Niedriglohnsektor im Krankenhaussektor geschaffen worden. Zu den Folgen gehören enorme Arbeitsverdichtungen. Sie wiederum sorgen massenhaft für physische und psychische Überlastungen der Beschäftigten. Kurz um, Krankenhäuser sind zu Geldmaschinen mutiert: Die Akti-

kosten sichern. Das wäre sozial gerecht. Doch SPD, CDU und AfD lehnten den Antrag ab. Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämpfen weiter! Unermüdlich.

Eva-Maria Kröger und Torsten Koplín

Plattdeutsches von Kurt Kaiser

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag wollte im März verhindern, dass der Verteidigungshaushalt in den kommenden sieben Jahren auf 60 Milliarden Euro erhöht wird. Leider brachte dies keinen Erfolg: Nur die Grünen stimmten gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE gegen die Erhöhung. CDU/CSU und die SPD stimmten dagegen. Das macht mir einmal mehr deutlich, was und wen ich bei der Bundestagswahl zu wählen habe, wenn ich mehr Sicherheit durch friedliche Mittel und nicht durch Aufrüstung und Auslandseinsätze will. Ein Riesenpalaver macht jetzt die Verteidigungsministerin um die Relikte der Wehrmacht, als wenn nicht schon 60 Jahre viele Kasernen auf westdeutschen Standorten, mit Namen von „Helden“ der Wehrmacht bekannt sind. Sie lässt Stahlhelme zählen und „gefährliche Bilder“, wie die des ehemaligen Leutnants Helmut Schmidt, entfernen. Kasernennamen Rommel, Mölders, Dietl u.a. sollen folgen. Was für Namen sollen denn nun die Objekte der Bundeswehr bekommen? Ich erzähle nun, für die Plattdeutsch-Leser dieser Zeitung, dankbar, dass mir Kreisvorstand und Redaktion dazu bisher die Möglichkeit gaben, über mir persönlich bekannte ehemalige Wehrmatsangehörige, die den Mut hatten, gegen Hitler und dem Faschismus zu kämpfen.

Dütsche gegen Hitler

Erinnerungen an Max Emendörfer und Prof. Dr. Georg Pitruschka

As ehemalige Soldat von de Dütsche Wehrmacht bekehm ick ein unangenehm Gefül, bi denn Gedanken up Partisanen tau drapen, dei mi un miene Kameraden bi unsen „Feldtoch dörch Feindesland“ in eine Fall locken kün. Ihrst Johre späder, nahdem ick in Kriegsgefangenschaft Tied un Gelegenheit har doröwer nahtaudenken, wür mi klor, dat nich dei Partisanen, sonnern wi von de Wehrmacht dei Bösen wiern. Dor würn för mi jene Dütschen, dei as Wehrmatsangehörige desertierten un denn Fahneid up denn Führer braken harn, dei wohren Patrioten. Ick wier man blot ´n korte Tied anne Front. Grad ierst Achteihn, har ick noch kein Erfohrung, kann oewer hüt verstahn, dat sön Entschluss, tau desertieren, denn Soldaten, vör allem ´n Offizier sihr sworfallen möst und dat Gewissen mächtig in Upruhr bringen kün.

Dat möst nu mal jeder mit sik sülwst afmaken, üm fasttaustellen, dat dei faschistische Krieg, denn Dütschland anzettelt har, dei pure Wahnsinn, ein Verbräken wier. Oewer twischen so ´ne Faststellung un denn Entschluss, dorgegen wat tau dauhn, sünd noch grote psychische Afründ. Dei

tau oewerwinnen, benötigen groten Maut. Claus Schenk Graf von Stauffenberg wier so ein mautig Offizier, obwoll hei 1933 noch denn Machtantritt Hitlers begrüßte un an dessen Propagierung von ein „nationale Wiedergeburt“ gloewt hett. In ´n Russlandfeldtog güngen Stauffenberg denn dei Ogen up, as hei von Massenmorde dörch dei SS hörte. Hei slöt sik nu ein Wedderstandbewägung an. Wat denn an ´n 20. Juli 1944 bi ´n Attentat up Hitler passierte, is hüt allgemein bekannt. Dei Nam Claus Schenk Graf von Stauffenberg is in uns hütige Geschichtsschreibung as patriotische Heldentat ingahn. Dit wiern Stauffenbergs Wüürd:



Es ist Zeit, dass jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muss sich bewusst sein, dass er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterlässt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenem Gewissen

Dor frag ick nu uns hütigen Historiker un ok de ehre „Brotherren“, worüm nich ok allen annern, dei Hitler denn Gehorsam verweigerten un gegen denn Faschismus im Wedderstand wiern, dei ehren Patriotismus gebührende Achtung tau deil ward. # Hitler ist verloren aber nicht Deutschland! # säd Erich Weinert, up dei Gründungsversammlung von ´t Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) 1943 in Krasnogorsk bi Moskau.

Un Weinert säd ok noch, dat ´t # ... *nur einen Befehl für Soldaten und Offiziere gibt, den Befehl an das nationale Gewissen: die Tat zur Rettung Deutschlands und seine Wiedergeburt als freie, unabhängige Nation!* #

Ick heff vier mankmal as „Verräter“ beschimpfte Männer, persönlich kennenliert, dei einst an dei Siet von dei Rode Armee un russischen Partisanen för dei Vernichtung det faschistischen Hitlerdütschlands kämpft hemm un unsen Respekt verdeihn.

Oewer Max Emendörfer, Georg Pitruschka,

un Hermann-Ernst Schauer mücht ick nu berichten.

Max Emendörfer

02.12.1911 – 18.06.1974

1931 wür Emendörfer Mitglied von dei KPD. Nah 1933 arbeit ´ hei in dei Illegalität. Siene Aktivitäten wür ´n entdeckt un hei keem von 1934 bit 37 taun Strafvulltog in dei KZ Esterwegen un Sachsenhausen. För Emendörfer stün fast, Dütschland tau verlaten sobald hei frie sin wür. Dat gelüng em as Kriegsfriewilliger in ´ Januar 1942 an dei Leningrader Front, wo hei tau dei Rode Armee oewerlöp, mit denn Willen, nu wat gegen dei Faschisten tau dauhn. Hei besöchte in ´n Juli 1942 dei Antifa-Schau in ´n Lager Oranki.

1943 wür Max Emendörfer Mitbegründer von dat Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in Krasnogorsk bi Moskau. Dor wür hei tau ´n Vizepräsidenten wählt. Von dei Tied an hett hei as Antifaschist in Kriegsgefangenenlagern un an dei Front kämpft. *Hei hett sien Gewissen oewer denn up Hitler leisteten Eid stellt un Soldaten un Offiziere oewertügt, sik ok von ´n Eid up einen Verbräker tau lösen un alle Moeglichkeiten för dei Rettung Dütschlands tau nutzen!*

Dor frag ick: # *Möt man soe ´n Mann nich ehren, dei dörch sienen persönlichen Insatz noch väle Minschenlāben – dütsche as ok sowjetische – retten künnt?* #

Dat Gegendeil passierte: As Emendörfer 1945 in Berlin ankehm, har hei denn Wunsch, in sien Geburtsheimat, dei sik in ´n Westen, also uterhalf von dei Sowjetische Besatzungszone befün, oewer siene Taukunft nahtaudenken un dor as Kommunist tau wirken.

Walter Ulbricht, dei Emendörfer ja ok gaud kennen deed, höl ´t oewer nich för nörig, mit sien ´ Genossen tau rāden, siene Ansichten antauhören und em gegen ein ´ Denunziation tau schützen. Einen Dach nah Max Emendörfers Ankunft in Berlin wür hei ünner denn Vörwand, ein V-Mann von dei Gestapo wäst tau sien, verhaft. Dei sowjetische Geheimdienst bröchte em in ein Speziallager, dat ehemalige KZ Sachsenhausen. Von dor keem hei 1947 in ein sowjetischet Straflager, wat ok as **Gulag** beteikend wür. Kein ein von siene Genossen interessierte sich noch för em!

Ok 1952 protestierte keiner ut dei DDR-Partei- und Staatsführung as hei noch för teihn Johr nah Sibirien verbannt wür.

Endlich, mit dei letzten Kriegsgefangenen wür hei 1956 in dei DDR entlaten, wat woll ein Rehabilitierung gliiek kamen süll, oewer doch kein wier. Dei Parteiführung wull dat Unrecht, wat Max Emendörfer dörch dei stalinschen Repressalien werrerfohren is,

nicht taugäben, un löt dei Geschicht oewer sien Schicksal nah 1945 fälschen.

In Max Emendörfs zensierte Autobiographie „Rückkehr an die Front“, würn ut 11 Jahr Lagerhaft von 1945 bit 1956, „beruflich bedingte Aufenthalte“ makt un behaupt, dat hei „... an mehreren Stellen der Sowjetunion tätig gewesen und dort sehr wertvolle Arbeit geleistet hat“

Max is unner Androhung nieger Repressalien tau'n Stillschwiegen vergattert worn. Trutzdäm hett hei disse psychische Last unbeirrt dragen, getru denn Ideen von't Kommunistisch Manifestes un dei Losung: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

In November 1973 besöchte Max Emendörfer in Rostock dat „Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ (hüt *Peter-Weis-Haus*). Hei kehm ut Halle, wo hei bi dat SED-Bezirksorgan „Die Freiheit“ as Redakteur bit tau sien Invalidisierung arbeit' hett.

Nu null hei twei hier ansässige ehemalige Genossen besäuken. Näbenbi interessierte em de Arbeitswies von de Fründschafts-

organisation.

Ick wier nu sihr stolz, dat uns Rostocker dei ehemalige Vizepräsident von 't NKFD, jene Antifa-Organisation, deren Andenken wi in „uns' DSF-Hus“ besonnern plägten, dei Ihr sienet Besäuks geef.

Max Emendörfer har oewer ok noch einen besonnern Grund na Rostock tau kamen, dei mi ierst bewusst wü, as de DSF-Bezirksvorsitter, Professor Georg Pitruschka hentaukeem un sik mit em fründschaflich ümarmte. Ick har bit dorhen ja kein Ahnung, dat uns Universitätsprofessor un Chef von dei Ogenklinik einst as Wehrmachtsarzt in Stalingrad kämpft har un dor ok in Gefangenschaft kehm. As Arzt in Kriegsgefangenenlagern, hett hei wierer as Arzt wirkt un is ok mit ein Insatzgrupp von 't NKFD an de Front un in 't „Hinterland“ bi dei Partisanen aktiv wäst. Oewer doroeper hemm dei Genossen Emendörfer un Pitruschka bi mien Anwesenheit im HdF nich spraken, un ok dat Thema „Fahneid“ un „Desertation“ wier ja inne DDR tämlich tabu. Un dorüm wüsst ok kuum einer wat von Emen-

dörfers schweren Schicksalsschläg. Geschichts- und Memoirenbäuer klammerten denn Läbensloop von Emendörfer in dei Johren von 1945 bis 1990 einfach ut orer verdreidten dei Tatsachen, as har dat dor nix besonneret gäwen. Ein lang und swor Weg leeg achter denn Antifaschisten, as ick mit em im November 1973 tausamenseet un wi uns allerhand vertellten, blos oewer sien Schicksal nix. Hei wier tau'n Schwiegen vergattert worn, ierst hüt, weit ick, worüm hei damals schweech. Ierst 1990 wü he von dei PDS rehabilitiert.

Literaturquellen:

Google: Stauffenberg / Attentat vom 20. Juli 1944 / Vorgeschichte
Max Emendörfer: / Zwischen Hitler und Ulbricht / Militärverlag der DDR
Professor Georg Pitruschka, burn am 28. April 1914 in Radoschau (Oberschlesien); storben am 28. Oktober 1994 in Rostock.

Soziale Mieten in Rostock sichern!

Alle sprechen über fehlenden Wohnraum und über Neubauten in Rostock. Doch neu gebaute Wohnungen weisen auch aufgrund massiv gestiegener Baukosten hohe Mieten aus. Neubauten allein werden also den Wohnungsmarkt, zumindest für Menschen mit wenig Geld in der Tasche, kaum entlasten.

Außerdem: Die Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern sind bundesweit die niedrigsten und erreichen nicht einmal 80 Prozent des Bundesdurchschnitts. M-V sitzt nach wie vor im Lohnkeller. Mehr als jedes vierte Kind ist von Armut betroffen, die Renten sind gering, Altersarmut steigt rasant. Selbst die Stadtverwaltung kommt in einer Analyse zu folgenden klugen Erkenntnissen: „Die Zahl der Senioren wird auch in den Großwohnsiedlungen stetig steigen. Hier ist zu beachten, dass ein Großteil der künftigen Rentner von Altersarmut bedroht ist. Da eine Vielzahl der jetzigen Einwohner im Haupterwerbsalter langzeitarbeitslos war, fällt für diese Gruppe das Rentenniveau entsprechend gering aus. Das bedeutet, dass sie auch im Rentenalter von sozialen Transferleistungen abhängig sein werden und das hat Folgen für den sozialen Wohnungsmarkt. Der Bedarf preiswerter und vor-

allem altengerechter Wohnungen muss dabei vorrangig im Bestand abgesichert werden. Mit den Wohnungsbeständen der WIRO und der Genossenschaften kann diese Absicherung erfolgen. Sie sind die wichtigsten Partner bei der Umsetzung der wohnungspolitischen Ziele.“ Aha! Unsere Bürgerschaftsfraktion hat deshalb einen Antrag eingereicht, dessen Zielstellung auf die Absicherung sozialer Mieten in Rostock ausgerichtet ist. Mit

(Nebenkosten und Betriebskosten). Diese soziale Leistung erhalten Menschen, die sehr wenig Einkommen haben und somit auf niedrige Mietpreise angewiesen sind. Ist eine Wohnung jedoch zu teuer, entspricht sie nicht mehr den Vorgaben der KdU-Richtlinie und die Kosten für Unterkunft und Heizung werden vom Amt nicht mehr übernommen.

KdU-fähige Wohnungen zeichnen sich also durch soziale Miethöhen aus. Genau dieser Wohnungsbestand muss gesichert werden, sprich, die Mieten müssen eingefroren werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Mieten einzufrieren und Wohnungen mit niedrigen Mieten für bestimmte Zielgruppen quasi zu reservieren. Da es vielfältige Optionen gibt, sollen Verwaltung und Wohnungsunternehmen vorerst selbst Vorschläge und Vertragsmuster erarbeiten.

Im Oktober 2017 liegen erste Ergebnisse vor. Wir sind auf einem guten Weg. Als nächster Schritt muss der Neubau von Sozialwohnungen vorangetrieben werden! Noch blockiert Oberbürgermeister Methling dieses Vorhaben und auch die WIRO selbst weigert sich. Wir bleiben am Ball und lassen nicht locker!

Eva-Maria Kröger



großer Zustimmung bestätigte die Bürgerschaft das Anliegen. Doch was verbirgt sich hinter bezahlbaren oder eben sozialen Mieten? Bezahlbar ist ein sehr dehnbarer Begriff. Wir haben die Verwaltung nun beauftragt, gemeinsam mit der WIRO und auch den Genossenschaften zu verhandeln, wie so genannte „KdU-fähige Wohnungen“ gesichert werden können. KdU steht für Kosten der Unterkunft und Heizung

Erfolg oder Niederlage? Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW

Wieder einmal hat DIE LINKE bei Landtagswahlen ihre Ziele verfehlt. Woran lag es? Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Wahlanalyse von Horst Kahrs und Benjamin-Immanuel Hoff.

Schleswig-Holstein: Erneut ist bei einer Landtagswahl eine Regierungskoalition abgewählt worden. Alle Parteien der „Küstenkoalition“ mussten Verluste hinnehmen (Stilblüte des Wahlabends: „Küsten-Koalition geht baden“ – ZDF). Die SPD büßte am stärksten ein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird erstmals seit der Landtagswahl in Thüringen 2014 auch das Ministerpräsidentenamt zu einer anderen Partei wechseln. Die SPD verlor damit erstmals seit langem wieder ein Ministerpräsidentenamt, die Union gewönne ein neues hinzu. DIE LINKE verpasst den Einzug in den Kieler Landtag erneut, auch wenn das Ergebnis besser ausfällt als 2012 (absolute Stimmen: +87%). Eine kräftige Brise Rückenwind für die kommenden Wahlen sieht indes anders aus, zumal die Umfragen den Einzug in den Landtag möglich erscheinen ließen. Bereits 2012 hatten wir im Wahlbericht analysiert, dass der Einzug in den Landtag 2009 nur im Windschatten der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl gelungen war und anschließend keine angemessene Parteiorganisation und Mitgliederdichte aufgebaut werden konnte. 2017 scheint sich daran wenig geändert zu haben, auch wenn die überdurchschnittlichen Ergebnisse bei jüngeren Wählern und in städtischen Regionen (Flensburg 7,0%; Kiel 7,2%; auf die Anziehung ehemaliger Piratenwähler und generell einer neuen, jüngeren Generation hindeuten. Insofern reiht sich das Wahlergebnis ein die Reihe etlicher anderer Ergebnisse seit 2011 ein – als zartes Hinweis auf einen beginnenden Wechsel in Mitglied- und Wählerschaft, der aber noch keine politische Durchschlagskraft entwickelt.

Die Wahlentscheidung von Frauen und Männern unterscheidet sich vor allem bei den kleineren Parteien. FDP und AfD werden stärker von Männern als von Frauen gewählt, bei den Grünen verhält es sich umgekehrt. Die Union ist bei den unter 30jährigen (FGW-Zahlen) bzw. den unter 35jährigen (Infratest-Zahlen) um zehn Prozentpunkte schwächer als im Durchschnitt, bei den über 60 Jährigen, vermutlich genauer bei den über 70jährigen umgekehrt stärker. Die jüngeren Wählerinnen und Wähler wählen in höherem Maße klei-

ne Parteien. Hiervon profitierte auch 2017 noch die Piratenpartei, aber auch für die Linke setzt sich ein Tendenz aus den vergangenen Landtagswahl fort, wonach den Verlusten (gemessen an 2009) bei den über 45jährigen erkennbare Gewinne bei den unter 30jährigen gegenüberstehen. Allerdings schlägt sich das kaum im Gesamtergebnis nieder, weil die Jüngeren ein zahlenmäßig kleineres Elektorat bilden.

Nordrhein-Westfalen: Die rotgrüne Regierung von Nordrhein-Westfalen wurde mit deutlichen Verlusten für beide Regierungsparteien abgewählt. Statt knapp über 50% erhielten die beiden Parteien nur noch um die 37% der gültigen Stimmen. Einen solch klaren Verlust der Regierungsmehrheit hat es bisher selten gegeben.

diesen Wahlkreisen erreichte mit wenigen Ausnahmen die AfD nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. In einem knappen Drittel der Wahlkreise erreichte DIE LINKE 5% und mehr. Mittelfristig wird die Partei sich mit der Frage beschäftigen und sie plausibel beantworten müssen, warum sie bei einer so großen Bewegung von früheren Wählerinnen und Wählern der Parteien links von der Union, von Grünen, SPD und Piratenpartei landesweit in nur so geringem Maße als Alternative in Frage gekommen ist. DIE LINKE erhält bei den Politikfeldern Soziale Gerechtigkeit (9%) und Armutsbekämpfung (7%) ihre höchsten Kompetenzwerte und liegt bei der sozialen Gerechtigkeit, anders als 2012, vor den Grünen. Bei der Wählerwanderung sieht es so aus: DIE LINKE gewinnt jeweils 60.000 Stimmen von SPD und Grünen, von den Nichtwählern eher unterdurchschnittlich.

Die SPD ist die eindeutige Verliererin des Wahlabends und sieht sich jetzt mit der Kehrseite des im Februar-März erzeugten Stimmgigeschäfts um einen »Schulz-Zug« ins Kanzleramt konfrontiert. Nicht nur ging mit Hannelore Kraft ein Ministerpräsidentenamt verloren und im gleichen Atemzug eine Landesvorsitzende und stellvertretende Parteivor-

sitzende. Auch die innerparteiliche Mobilisierung für die Bundestagswahl droht in sich zusammenzufallen. In dieser Hinsicht erntet die SPD, womit man rechnen muss, wenn man Politik vor allem auf die Erzeugung von Stimmungen ausrichtet, ohne die inhaltliche und machtpolitische Substanz beizulegen. Für die SPD ist es das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen überhaupt. Es kommt aber nicht wirklich überraschend, denn bereits bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 erreichte die SPD nach noch 40% in 2005 nur 28,5% bzw. 31,9%.

Anders als bei der Wahl 2012 hat die SPD in der Themenprofilierung gegenüber der CDU, basierend auf den Vorwahlbefragungen von Infratest dimap, je näher der Wahltermin rückte, dramatisch verloren.

Die Wahlbeteiligung lag um rund 5 Prozentpunkte höher als 2012 und 2010. Dieser Anstieg spiegelt wie schon bei vorherigen Landtagswahlen ein – vorübergehend? – gewachsenes politisches Interesse in der Bevölkerung, was sich vor allem bundespolitischen Themen und unruhigen Zeiten verdankt. Eine Partei zu unterstützen, deren Kanzlerin das Land ruhig durch eine schwierige Weltlage steuert, war für jeden

0,1%
**Arschknapp
war's!** Du siehst, wir
brauchen Dich!
DIE LINKE.

Ein rot-rot-grünes Bündnis verfehlte deutlich eine Mehrheit. Die »kleine Bundestagswahl« bestätigt die bereits nach der Bundestagswahl 2013 hier vertretene Ansicht, dass es im Bundestag nur eine eher zufällige rechnerische Mehrheit links von der Union gibt, die sich allein dem knappen Scheitern von FDP und AfD verdankt, aber nicht durch politische Zustimmung in der Gesellschaft gedeckt ist. 2012 wählten etwa 60% der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen Parteien, die sich links von der Union positionierten, aktuell nur noch rund 40%. Von den riesigen Verlusten von SPD, Grünen und Piraten kamen nur kaum 2,5% bei der Linkspartei ein.

DIE LINKE erlebte einen Zitter-Abend. Sie erreichte nicht ihr Wahlziel, den Wiedereinzug in das Landesparlament. Aber es war äußerst knapp, und das macht aus dem Ergebnis einen »bitteren Erfolg«: An Prozenten zugelegt, aber am Ende zählt es nicht. Gleichwohl sind knapp 5% eine gute Vorlage für die Bundestagswahl. In Köln, Bielefeld, Dortmund, Wuppertal, Bochum, Düsseldorf erzielte die Partei mit 7%-12,1% in den Wahlkreisen herausragende Ergebnisse mit hohen Zuwächsen (bester Wahlkreis 2012 war Bielefeld I mit 5,6%). In

und jede Fünfte wichtigstes Kriterium für die Wahlentscheidung. Auf die erstmalig angewandte Fragestellung von Infratest dimap, was »am wichtigsten für die Wahlentscheidung ist« antworteten: »wie es an unseren Schulen aussieht« 29%, »die politisch unruhige Lage in der Welt«: 22%, »wie die Polizei für unsere Sicherheit sorgt«: 15%, »wer als Ministerpräsident/-in NRW führt«: 13% und »wer als Kanzler/-in unser Land führt«: 11%.

Kommentar von Oskar Lafontaine: Wer an deren eine Grube gräbt, fällt selbst hinein
Nach der Wahlniederlage in Schleswig-Holstein erklärte der linke (!) stellvertretende SPD-Vorsitzende Stegner: „Dass die Linkspartei nicht in den Landtag gekommen ist, das war ja unser Ziel. Das ist uns schon gelungen.“ Durch diese politische Instinkt-

losigkeit befeuert, sprang Hannelore Kraft über das Stöckchen, das die CDU und die Medien ihr hingehalten haben und erklärte: „Mit mir als Ministerpräsidentin, sage ich klar, wird es keine Regierung mit Beteiligung der Linken geben.“ Damit hat sie all diejenigen desillusioniert, die darauf setzten, dass eine nordrhein-westfälische Regierung unter Beteiligung der LINKEN versuchen werde, die soziale Lage der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Jetzt können sich die kleinkarierten politischen Laiendarsteller in der Rest-SPD wieder freuen, dass DIE LINKE trotz Verdoppelung ihrer Stimmenzahl, den Einzug in den Landtag knapp verpasst hat. 40 Prozent der Deutschen, sind Opfer der Agenda 2010, haben heute ein real geringeres Einkommen als 1999 und sind vom Wohlstands-Zuwachs abgehängt. Diese

Wählerinnen und Wähler hat die neoliberal gewendete SPD aus dem Auge verloren. Logischerweise sackte sie so in Nordrhein-Westfalen von einst 50 Prozent auf jetzt 31,2 Prozent ab.

Von dieser kraftlosen SPD droht einer Kanzlerin, die die drei Säulen der deutschen Nachkriegspolitik – auskömmlicher Sozialstaat, gute Nachbarschaft in Europa, Frieden und Ausgleich mit dem Osten – zerstört hat, keine Gefahr. Es gibt heute keinen führenden Politiker in der SPD, der die Denktraditionen und die Wertvorstellungen der Brandtschen Sozialdemokratie vertritt. Die tägliche Gehirnwäsche des Neoliberalismus hat ganze Arbeit geleistet. Für die sozialdemokratischen Parteien Europas und die SPD gilt: Wer zu spät kommt (den Kurs korrigiert), den bestraft das Leben.

Rotfeder und die Beherrscher der Welt

Wie ihr wisst, beginnen meine wässrigen Wanderungen in der Nähe von Rostock durch die KARTEXT-Region oft in Warnemünde. Gern blicke ich dabei auch immer wieder durch das Schaufenster der stets gut sortierten Buchhandlung „Möwe“. Vor einigen Tagen habe ich dort das neue Buch „Wer beherrscht die Welt“ des fast 90-jährigen Noam Chomsky gesehen. Der berühmte emeritierte Linguistiker am Massachusetts Institute of Technology ist natürlich allen Informatikern und Programmierern wegen der nach ihm benannten Grammatik bekannt. Aber noch weit mehr Menschen kennen ihn als weltweit berühmtesten linken Intellektuellen und prominenten Kritiker der US-amerikanischen Politik. Allerdings verärgert er auch viele Verbündete, weil er sich auch bedingungslos für die Redefreiheit von Leuten einsetzt, die verabscheuungswürdige Thesen vertreten. Gleich im einführenden Text über Noam Chomsky steht in der Wikipedia, dass er im Zeitraum zwischen 1980 und 1992 die am häufigsten zitierte lebende Person der Welt gewesen sei.

Als er vor kurzem an deutschen Universitäten auftrat, waren die Hörsäle überfüllt. Allerdings langweilten sich dann die Zuhörer, weil er „nur“ über seine Sprachwissenschaft redete, was die meisten gar nicht verstanden. Sprache transportiert In-

halte. Klare Sprache zeigt klares Denken. Schlampige Sprache vernebelt die Inhalte. Nun aber sein aktuelles Buch. Also ging ich in den Laden und kaufte es. Das haben Noam Chomsky und der Buchhändler verdient.

Das Buch kam während der Vorwahlen um die amerikanische Präsidentschaft 2016 heraus, bei der Noam Chomsky Bernie Sanders unterstützt hatte. Den etwa 350 Seiten Text folgen mehr als 60 Seiten Anmerkungen und Quellenangaben, denn als exakter Wissenschaftler analysiert er die Fakten und begründet seine Wertungen exakt logisch.

Seine beiden Schwerpunkte sind die Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen und die menschengemachten Klima- und Umweltveränderungen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus analysiert er die verschiedenen Krisenherde und die Politik der US-Regierungen, die sich aus der Doktrin herleitet, dass die ganze Welt und ihre Ressourcen den US-Amerikanern gehöre. Was diesem Ziel dient, sei legitim – was diesem Ziel zuwider läuft, sei terrorverdächtig. Das klingt jetzt hier sehr verkürzt und pauschal, wird aber im Buch genau und hintergründig dargelegt. An Beispielen wie Lateinamerika, Kuba, Nahostkrise, NATO-Osterweiterung, Waffenhandel, Drohnenkrieg usw. wird die Rolle der USA

als größter Terrorstaat und Ursache und Förderer des internationale Terrorismus offengelegt.

So ist es auch folgerichtig, dass sich Noam Chomsky auch nach Trumps Wahlsieg deutlich positionierte und ihn als „greater evil“ (dt. „schlimmeres Übel“) bezeichnete. Er vertrat die Meinung, dass die Republikanische Partei unter Trump zur „most dangerous organization in world history“ (dt. „gefährlichste Organisation der Weltgeschichte“) geworden sei und die Zerstörung organisierten menschlichen Lebens betreiben würde.

George W. Bush ließ fangen und foltern, der Friedensnobelpreisträger Obama ließ gleich mit Drohnen morden. Trotzdem erscheint er heute um Zehnerpotenzen zivilisierter als Trump. Es gab und gibt aber auch wirklich großartige Amerikaner: Woody Guthrie, Martin Luther King, Joan Baez, Bob Dylan, Steve Jobs und viele andere. Zu denen gehört auch Noam Chomsky.

Das meint eure Rotfeder



Leitkultur an der Wahlurne (von Jürgen Riedel)

Dumpfe Stimme bekommt
Wer glaubwürdig lügt
Echtrot mit braun gleichsetzt
Oder noch mehr entwertet
Ein bisschen braun für gutbürgerlich hält
Wer vererbte Gene des deutschen Michel
besitzt

Eigentum verpflichtet (von Jürgen Riedel)

Eigentümlich!
Trotz finstrem Totschweigen
Des hellhumanen Grundgesetzartikels
Hält sich Bundespolitik für demokratisch
Gesellschaftsfeinde:
Superreiche meist
Bundespolitiker oft

LYRIK

KLARTEXT

Der Rostocker Kreisvorstand tagte

Informationen zur Sitzung des Rostocker Kreisvorstandes vom 18.5.2017

Christian Albrecht und Nico Burmeister informierten den Kreisvorstand über das Jugendcamp, das jüngst in Mirow stattfand. Organisiert von der Linksjugend und dem Landesverband DIE LINKE.

M-V trafen sich über 70 junge Menschen, womit die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr noch mal deutlich gesteigert werden konnte. Christian und Nico schätzten das Camp als überaus gelungen ein. Vor allem das Bildungsprogramm mit Workshops zu den Themen Geschichte, Drogenpolitik, Feminismus usw. war auf hohem Niveau organisiert.

Ausführlich beschäftigte sich der Kreisvorstand mit Änderungsanträgen Rostocker Genoss*innen zum Bundestagswahlprogramm. Hier eine kurze Zusammenfassung: Nicht übernehmen wollte der Kreisvorstand einen Antrag zum Thema Familienwahlrecht, also der Möglichkeit für Eltern, für ihre nicht wahlberechtigten Kinder abzustimmen. Das betrachtet der Kreisvorstand als indirekte Diskriminierung älterer Wähler. Einen Vorschlag zur Verstaatlichung aller Banken wurde ebenfalls abgelehnt, da DIE LINKE auch Genossenschaftsbanken fördern will. Angenommen wurden die Vorschläge, im Wahlprogramm auch ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln zu fordern sowie die Notierung von Rüstungsunternehmen an den Börsen zu verbieten. Ebenfalls vom Kreisvorstand übernommen wurden die Forderungen nach einem Verbot automatisierter Kampfsysteme sowie nach Aufklärung über Stay-Behind-Organisationen wie GLADIO (siehe hierzu: <https://de.wikipedia.org/wiki/Stay-behind-Organisation>). Keine Mehrheit fand der Vorschlag, Nebenverdienste von Politikern völlig zu verbieten. Wir werden dem Parteivorstand aber vorschlagen, über eine Begrenzung von Nebenverdiensten nachzudenken. Den Wechsel von Regierungsmitgliedern in die Vorstände von Unternehmen, mit deren Interessen sie zuvor politisch befasst waren, soll nach unserem Willen frühestens nach 10 Jahren möglich sein (statt nach 5 Jahren, wie es im Programmwurf steht). Wir wollen zudem Spenden von Lobbyisten/Lobbyverbänden an Parteien verbieten.

Abgelehnt wurde der Vorschlag, das Wahlalter nicht auf 16 Jahre zu senken, da Ju-

gendliche noch nicht gefestigt genug seien, um an der politischen Willensbildung teilzunehmen. Das sehen wir anders. Viele 16- und 17-jährige sind sehr wohl zu politischen Urteilen fähig; durch die Senkung des Wahlalters werden sie angeregt, sich politisch zu bilden.

Ben, um die Bedeutung des Themas Frieden für DIE LINKE schon im Titel herauszustellen.

Im Rahmen der Diskussion wurde deutlich, dass wir zu bestimmten Punkten keine konkreten Änderungsvorschläge, sondern nur Denkanstöße für den Parteivorstand liefern können. Sollten im Wahlprogramm nicht auch das bedingungslose Grundeinkommen, die Entwicklung zur Industrie 4.0 oder z.B. die Einführung einer Robotersteuer angesprochen werden, auch wenn unsere Partei zu diesen Themen noch keine einheitliche Meinung hat? Einige Aspekte könnten im Rahmen thematischer Arbeitsgruppen im Kreisverband weiter diskutiert werden sollten.

Noch ein Wort zum Thema „Kurzwahlprogramm“: Das Wahlprogramm hat eine Einleitung im Umfang von 5 Seiten, in dem die wichtigsten Forderungen unserer Partei aufgeführt sind, und das sich somit prima als Einstieg für Wähler*innen und Genoss*innen eignet.

Die übernommenen Anträge wird der Kreisverband zum Bundesparteitag einreichen, auf dem an drei Tagen über das Wahlprogramm diskutiert werden soll.

Christopher Köhn warb noch einmal um Unterstützung für das Kinderfest am 10.6. im Rostocker Freizeitzentrum. Der Kreisverband wird das Fest logistisch unterstützen, aber vor allem brauchen wir noch fleißige Hände für Auf- und Abbau sowie die Betreuung von Ständen. Auch selbstgebackene Kuchen sind willkommen. Wollt Ihr einen Beitrag zum Gelingen des Festes leisten, dann meldet Euch bitte direkt bei Christopher (koehn.christopher@me.de) oder bei unserem Kreisgeschäftsführer Andreas Reinke (kgf@dielinke-rostock.de). Vielen Dank!

Im September wird unser Kreisverband wieder am Klimaaktionstag in der Langen Straße mit eigenen Aktionsangeboten teilnehmen.

Holm Dietz informierte den Kreisvorstand über eine von ihm initiierte Veranstaltung zum Thema Europa. Hierzu hat er Frau Prof. Ulrike Guerot eingeladen. Die Veranstaltung findet am 27.07. ab 20 Uhr im Peter-Weiss-Haus statt. Ausführliche Informationen gibt es demnächst.

Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes findet am 08.06. um 18:30 Uhr statt.

i.A. Carsten Penzlin, Kreisvorsitzender



Eine Forderung aus dem Wahlprogrammwurf, die sicher auch von den Rostocker Delegierten unterstützt wird

Caffier will die Wehrpflicht zurück. Was kommt als nächstes? Kartoffelferien und Aufbaustunden? Gegen alle Zwangsdienste! DIE LINKE.

www.die-linke-rostock.de

Angenommen wurde der Vorschlag, den Titel des Wahlprogramms zu modifizieren. Statt „Sozial. Gerecht. Für alle“ soll es „Friedlich. Sozial. Gerecht. Für alle“ hei-

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Fr., 2.6.	10-16 Uhr	Kinderfest Wahlquartier Karen Larisch	Güstrow	Villa Kunterbündnis
Sa., 3.6.	14-17 Uhr	Kinderfest in Schwaan	Schwaan	
Do., 8.6.	18:30 Uhr	Sitzung HRO-Kreisvorstand	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 9.6.		Aktionstag mit dem Wahlquartier MdL Karen Larisch	Schwaan	
9.6.-11.6.		Bundesparteitag	Hannover	
Fr., 9.6.	16:00 Uhr	RotFuchs: Gerd Wiegel über "Veränderungen und Kontinuitäten der extremen Rechten"	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 10.6.	11-17 Uhr	Kinderfest in Reutershagen (siehe auch S. 6)	Rostock	Freizeitzentrum Kuphalstraße
Di., 13.6.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS Bremer Str.
Fr., 16.6.		Aktionstag mit dem Wahlquartier MdL Karen Larisch	Teterow	
Fr., 16.6.	14:00 Uhr	Fahrraddemo auf der B103 von Kritzkow zum Krankenhaus Güstrow "Für den Bau eines Radweges"		
Mo., 19.6.		Aktionstag mit dem Wahlquartier MdL Karen Larisch	Gnoiien	
Mi., 21.6.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Sieversh.	Ziegenkrug
Do., 22.6.	16:00 Uhr	Mitgliederversammlung Stadtteilverband MITTE (KTV, Stadtmitte, Brinckm.), Gast: Eva Kröger informiert über den Bundesparteitag und den Bürgerentscheid zum Tradi	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 23.6.		Aktionstag mit dem Wahlquartier MdL Karen Larisch	Bad Doberan	
Sa., 24.6.	10:30 Uhr	Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform; Gast: Ellen Brombacher zum Bundesparteitag	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 29.6.	19:00 Uhr	RLS: Film und Gespräch "Leben im Exil" über die politische Situation der Kurden in der Türkei	Rostock	Peter-Weiss-Haus Dober. Str. 21
Do., 13.7.	17:00 Uhr	RotFuchs: Prof. Lieberam zum Thema "Integrationsfalle Mitregieren"	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 20.7.	20:00 Uhr	Veranstaltung zum Thema Europa mit Prof. Ulrike Guerot	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Sa., 22.7.	14-17 Uhr	Sommerfest	Krakow	Anglergelände
Do., 10.8.	17:00 Uhr	RotFuchs: Generalmajor a.D. Daum über die russische Sicherheitspolitik heute	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 26.8.	10-17 Uhr	13. Internationales Friedensfest	Graal-Mür.	

Gegen Bundeswehr auf dem Kirchentag! Christen und Nichtchristen protestieren gemeinsam

Pressemitteilung der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Die Bundeswehr macht nicht nur Werbung auf Ausbildungsmessen und auf Plakate, sondern auch im kirchlichen Bereich. Denn die großen Kirchen sind für viele Menschen noch immer eine moralische Instanz. Die evangelischen und katholischen Volkskirchen haben gemeinsam noch immer 46 Millionen Mitglieder. Deshalb wirbt die Bundeswehr im Bereich der Kirche um Sympathie und Verständnis. Im Umfeld des Kirchentages und im Zusammenhang mit dem Jubiläum „500 Jahre Reformation“ betreibt die Bundeswehr, Abteilung Militärseelsorge, zusammen mit anderen vom 20. Mai bis 10. September in Wittenberg das „Café Friedenswege“.

Gegen dieses Engagement der Bundeswehr wendet sich die Deutsche Friedens-

gesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Die Bundeswehr-Werbung ist Werbung für Krieg und Gewalt. Die Einsätze der Bundeswehr in Syrien, Mali, Afghanistan und anderen Ländern sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Das Geld, das in militärische Mittel investiert wird, fehlt im sozialen Bereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei zivilen Methoden der internationalen Konfliktlösung. Darüber hinaus wundern sich die DFG-Mitglieder, dass der Kirchentag sich offenbar wenig an Jesus Christus orientiert. Sagen die historischen Quellen nicht, dass Jesus von Nazareth Waffengewalt abgelehnt hat? Sagen die historischen Quellen nicht, dass die ersten Generationen von Christen das Militär abgelehnt haben? Die Kirchen sollten sich anlässlich des Reformationsjubiläums wieder auf ihre Ursprünge besinnen. Wir protestieren gegen die Bundeswehr-Werbung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg! Wir rufen gemeinsam zu Protesten gegen Militärwerbung auf!



Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 038 1-4920010
Telefax: 038 1-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Suche (von Janina Niemann-Rich)

im Fensterglas dein Spiegelbild
und doch nicht du

Wegweiser (von Janina Niemann-Rich)

schließe nicht Türen
die Offenheit erfordern
öffne nicht Türen
durch die du nicht gehen kannst

Zufall? (von Janina Niemann-Rich)

Liebe ist kein Flaschendrehen
Als Zukunftsgenerator

Partei-Enttarnung (von Jürgen Riedel)

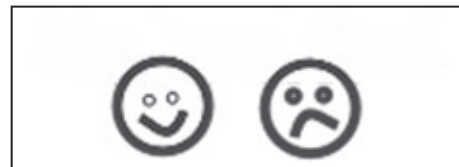
F: Frei wie Marktwirtschaft
D: Dekadent wie Superreiche
P: Pro Profitgier

Afghanistan ist nicht sicher

Als Teil des Netzwerkes „Afghanistan - nicht sicher!“ demonstrierte DIE LINKE in Schwerin und fordert den Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, zu einem sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan auf. „Herr Caffier, nehmen Sie sich ein Beispiel an unseren Nachbarbundesländern Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen.“ lautete eine der Forderungen.

Selbst das Auswärtiges Amt (letzte Änderung: 19.05.2017) warnt auf seiner Seite: „Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle und Entführungen gehören seit Jahren in **allen** Teilen von Afghanistan zum Angriffsspektrum der regierungsfeindlichen Kräfte.“ Vor den ca. 300 Demonstrierenden wurde einem „Stellvertreter“ des Innenministers ein Reisegutschein ins „sichere“ Afghanistan übergeben. Gratis dazu erhielt er eine Schutzweste und einen Stahlhelm.

Der echte Innenminister, Lorenz Caffier, hatte selbst keine Zeit.



Gewinner: Unsere Genoss*innen in Westdeutschland. Sie haben zwar den Einzug in die Landtage von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verpasst, aber kräftig an Stimmen hinzugewonnen. Das macht Hoffnung für die Zukunft, vor allem in den großen Städten. Dort wählen uns viele junge, gebildete Menschen. Sie müssen dauerhaft für uns gewonnen werden.

Verlierer: Voreilige Gratulanten. Prognosen sind Prognosen, Hochrechnungen sind Hochrechnungen! Bitte immer erst dann gratulieren, wenn wirklich alle Stimmen ausgezählt sind!

Monatszitate

„In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.“ (Kurt Tucholsky)

„Ein Kluger bemerkt alles. Ein Dummer macht über alles eine Bemerkung.“ (Heinrich Heine)

Monatszähl

SPD und Union haben die Zahl der Kinder, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind, seit 2013 um 122.676 auf insgesamt 1,6 Millionen Kinder ansteigen lassen. Insgesamt liegt die Zahl von Kindern, die in Armut aufwachsen müssen, bei rund 2 Millionen.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer schuf die Skulptur auf der Zeichnung links?
2. In welchem Bundesland sind die Einkommen der Menschen am niedrigsten?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.07.2017

Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt

